

Niederschrift 6. Sitzung des Stadtrates der Hansestadt Gardelegen

Sitzungstermin:	Montag, 16.03.2015
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:08 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Rathaussaal , 39638 Gardelegen

Tagesordnung:

Anwesend:

Herr Bürgermeister, Konrad Fuchs

Herr Kai-Michael Neubüser

Herr Peter Kapahnke

Herr Andreas Brendtner

Herr Sieghard Dutz

Herr Klaus Fehse

bis Ende öff. Teil/ 20.35 Uhr

Herr Andreas Finger

Herr Jörg Gebur

Herr Thomas Genz

Frau Gudrun Gerecke

Herr Christian Glatz

Frau Margot Göbel

Herr Otto Grothe

Herr Reinhard Hapke

Frau Sandra Hietel

Herr Norbert Hoicznyk

Herr Andreas Höppner

Herr Dirk Kuke

Herr Marko Kutz

Frau Regina Lessing

außer TOP 11 - 12 öff. Teil/ 19.59 - 20.01 Uhr

Herr Nico Macht

Frau Petra Müller

Herr Steffen Rötz

Herr Ulrich Scheffler

Herr Henry Seiler

Frau Roswitha Stadie

Herr Oliver Stegert

Herr Norbert Tandler

Herr Walter Thüerer

Frau Hannelore von Baehr

Herr Peter Wiechmann

Herr Gustav Wienecke

Frau Viola Winkelmann

Herr Rüdiger Wolf

Sachkundige Einwohner:

Frau Judith Jachalke

bis Ende öff. Teil/ 20.35 Uhr

Ortsbürgermeister:

Herr Harald Rolletschek

Herr Torsten Mekelberger

Herr Siegfried Jordan

Verwaltung:

Herr Behrends, FBL Baudienstleistungen

Herr Bucklitsch, MA Schulen, Sportstätten, Bäder	
Frau Dietrich-Beckers, FDL II	
Frau Matthies, FBL Sicherheit und Ordnung	
Herr Rasch, MA Brandschutz	bis Ende öff. Teil/ 20.35 Uhr
Frau Wiechmann, MA Bußgeldstelle/Wahlen	bis Ende öff. Teil/ 20.35 Uhr
Presse:	
Frau Ahlfeld, Redaktion der Volksstimme,	bis Ende öff. Teil/ 20.35 Uhr
Frau Kohl, Redaktion der Volksstimme	von TOP 9/ 19.51 Uhr bis TOP 17/ 20.20 Uhr
Herr Schmidt, Redaktion der Altmarkzeitung	bis Ende öff. Teil/ 20.35 Uhr

Abwesend:

Herr Thorsten Bombach	entschuldigt
Herr Ralf Linow	entschuldigt
Herr Jörg Marten	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
- 2 Entscheidung über Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 3 Entscheidung über Einwendungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift und Feststellung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Stadtrates am 02.02.2015
- 4 Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse
- 5 Durchführung der Einwohnerfragestunde
- 6 Bestätigung der Wahl des Ortsbürgermeisters und dessen Stellvertreter der Ortschaft Dannefeld und Berufung des Ortsbürgermeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
Vorlage: 68/6/15
- 7 Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Ortsbürgermeisters der Ortschaft Breitenfeld
Vorlage: 69/6/15
- 8 Berufung des stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Potzehne in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
Vorlage: 70/6/15
- 9 Schulentwicklungsplanung ab 2015/16
Vorlage: 57/5/15
- 10 Vorgezogener Beschluss zur Beschaffung eines Hilfelöschfahrzeuges für die Ortswehr Gardelegen im Jahr 2015
Vorlage: 62/6/15
- 11 Satzung - 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2/93 Gewerbegebiet Nord 3. BA - Industriegebiet Gardelegen
Vorlage: 63/6/15
- 12 Entwurf - 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3/93 Gewerbegebiet Nord 4. Bauabschnitt - Mischgebiet , Gardelegen Bismarker Straße
Vorlage: 65/6/15
- 13 Entwurf des vorzeitigen Bebauungsplanes - Wohnstandort OT Jävenitz- Altes Dorf
Vorlage: 66/6/15
- 14 Benennung der Straßen Wohngebiet "Am Kämmereiforst"
Vorlage: 67/6/15
- 15 Verpflichtungsermächtigung zur Absicherung der beantragten Investition - Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Mieste
Vorlage: 73/6/15
- 16 Außerplanmäßige Ausgabe zur Erstellung des Niederschlagswasserbeseitigungskonzeptes
Vorlage: 71/6/15
- 17 Anfragen und Anregungen

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Stadtrat Neubüser, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Des Weiteren stellt er als fehlende Mitglieder des Stadtrates die entschuldigten Stadträte Bombach, Linow und Marten fest. Die Beschlussfähigkeit ist mit der Anwesenheit von 33 Stadträten und dem Bürgermeister gegeben.

- TOP 2 Entscheidung über Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Es wird darauf hingewiesen, dass zur Tagesordnung eine Ergänzung für den öffentlichen Teil vorliegt.

Im Tagesordnungspunkt 16 des öffentlichen Teils ist über die Beschlussvorlage 73/6/15 zu beraten und beschließen. Der Tagesordnungspunkt Anregungen und Anfragen wird Punkt 17 der Tagesordnung.

Stadträtin Lessing beantragt, ebenso wie sich im Hauptausschuss dazu verständigt wurde, den Tagesordnungspunkt 16 - Außerplanmäßige Ausgabe zur Erstellung des Niederschlagswasserbeseitigungskonzeptes - von der Tagesordnung abzusetzen und in die Beratungsfolge der nächsten Sitzungen aufzunehmen.

Zudem stellt Stadträtin Lessing den Antrag zu Beginn des Tagesordnungspunktes 9 - Schulentwicklungsplanung ab 2015/16 - über die beiden Anträge der Gemischten Fraktion zu beraten.

Der Stadtratsvorsitzende erklärt, dass unter TOP 9 nur die eigentliche Beschlussvorlage aus der letzten Sitzung des Stadtrates beraten und beschlossen werden darf, da es einen Widerspruch des Bürgermeisters dazu gibt. Die anderen beiden Beschlussvorlagen wurden durch den Stadtrat abgelehnt. Die Anträge der Fraktion können nicht berücksichtigt werden. Der Bürgermeister, Herr Fuchs, legt dar, dass mehrfach zum Sachverhalt beraten wurde und dass der Stadtrat alle Varianten abgelehnt hat, die Schuleinzugsbereiche zu ändern. Er begründet seine Pflicht gegen den Beschluss 57/5/15 Widerspruch einzulegen und die nochmalige Beratung und Beschlussfassung in der heutigen Sitzung.

Stadträtin Lessing hat den Widerspruch rechtlich hinterfragt und erachtet ihn als nicht gerechtfertigt.

Der Stadtratsvorsitzende verweist auf den Tagesordnungspunkt 9, wo es nähere Erläuterungen geben wird und lässt über den Antrag von Stadträtin Lessing zur Absetzung des TOP 16 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 1
Stimmenthaltungen: 1

Dem Antrag von Stadträtin Lessing wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt und in die Beratungsfolge der nächsten Sitzungen aufgenommen, da keine Beratung im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss und Finanz- und Wirtschaftsausschuss erfolgt ist.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen stellt mit Stimmenmehrheit die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung mit einer Änderung fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	5
Stimmenthaltungen:	1

- TOP 3 Entscheidung über Einwendungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift und Feststellung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Stadtrates am 02.02.2015

Es liegen keine schriftlichen Einwendungen zur Niederschrift vor.

Über den öffentlichen Teil der Niederschrift wird abgestimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen genehmigt mit Stimmenmehrheit den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 5. Sitzung des Stadtrates am 02.02.2015.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	2

- TOP 4 Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Der Bürgermeister informiert über Folgendes:

Eine Übersicht über die gefassten Beschlüsse liegt allen Stadträten vor.

Herr Fuchs dankt noch einmal allen 227 Wahlhelfern der Landrats-, Bürgermeister- und Bürgermeister-Stichwahl. Das waren in der Kernstadt 47 Bedienstete und 1 Ehrenamtlicher und in den Ortschaften 144 Ehrenamtliche und 35 Bedienstete. Ebenso spricht er Wahlleiter, Herrn Maik Machalz, und der Wahlverantwortlichen, Frau Heidi Wiechmann, seinen Dank aus.

Im Rückblick auf den Erfahrungsaustausch im Sozial-, Jugend-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss am 20.01.2015 mit dem Leiter des Dezernates Ordnungsamt des Altmarkkreises Salzwedel, Herrn Thiele, zur Thematik Ausländerbeauftragter/Integrationsbeauftragter stellt der Bürgermeister dar, dass die Zuständigkeit für Unterbringung, medizinische Versorgung, finanzielle Grundleistungen sowie für Bildung und Teilhabe ebenso wie für Integration beim Altmarkkreis Salzwedel liegt, die Hansestadt Gardelegen aber eine Fürsorgerolle einnimmt und beispielsweise bei der Kontaktaufnahme zu Vereinen, der Arbeitssuche als Lotse fungiert. Ab dem 01.04.2015 wird ein, vorerst ehrenamtlicher, Integrationslotse, vermittelt durch die Evangelische Kirche, seinen Schreibtisch im Haus II, Fachbereich Ordnungsangelegenheiten, beziehen. Koordiniert wird der Integrationslotse durch Frau Telschow vom Altmarkkreis Salzwedel.

Der Bürgermeister reagiert auf die negative Berichterstattung vom Tierschutzverein Gardelegen und legt dar, dass die Hansestadt Gardelegen das Tierheim in vielerlei Hinsicht unterstützt und nicht nur mit dem jährlichen 50 Cent-Zuschuss pro Einwohner. Die Immobilie wird mietfrei zur Verfügung gestellt, sämtliche Sterilisationen/Kastrationen von Katzen übernimmt die Stadt und es besteht eine Vereinbarung mit Adromé, die Personal zur Tierbetreuung stellen. Das sind insgesamt jährlich Zuschüsse von 20.000 Euro. Zudem drückt Herr Fuchs seine Wertschätzung für die Arbeit des Tierschutzvereines aus.

Herr Schmelzer, Erbauer des Stadtmodells von Gardelegen um 1700, bietet den Stadträten

einen erneuten Besichtigungstermin am 27.05.2015 um 18 Uhr an.

In den ehemaligen Gemeinden Zichtau, Jerseritz, Wannefeld und Wiepke, die auf der Grundlage von Gebietsänderungsverträgen am 01.01.2010 in die Hansestadt Gardelegen eingemeindet wurden, also nach der Kommunalwahl am 07. Juni 2009 bzw. wo keine Wahl in neue Strukturen zum 01.07.2009 stattfand, beginnt die erste Wahlperiode des Ortschaftsrates am 01.07.2014 und endet am 30.06.2019. Diese gewählten Bürgermeister, die als Ortsbürgermeister übergeleitet wurden, können ihre 7-jährige Amtszeit vollenden und sind danach nach derzeitiger Rechtslage gemäß § 58 Absatz 1b Satz 9 GO LSA zusätzliches Mitglied des Ortschaftsrates bis zum Ende der Wahlperiode am 30.06.2019.

Das Gleiche trifft für die übrigen Ortsbürgermeister zu, die als Bürgermeister gewählt, als Ortsbürgermeister übergeleitet und noch nicht aus der Mitte des Ortschaftsrates gemäß § 85 Absatz 1 KVG LSA gewählt wurden (Eingemeindung am 01.01.2011). Auch sie können ihre 7-jährige Amtszeit vollenden und sind danach zusätzliches Mitglied des Ortschaftsrates bis zum Ende der Wahlperiode am 30.06.2019.

Aus der Mitte des Ortschaftsrates ist dann auf der Grundlage des § 85 Absatz 1 KVG LSA ein Ortsbürgermeister zu wählen. Der Neuwahl zum Ortsbürgermeister kann sich auch der bisherige Amtsinhaber stellen.

In Hemstedt und Kloster Neuendorf fand zum 01.07.2009 eine Wahl in neue Strukturen statt, die Wahlperiode endete am 30.06.2014. Da alle Ortschaftsratsmitglieder in Hemstedt aus Protest ihr Amt niedergelegt haben, wird am 07.06.2015, so wie die Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 02.03.2015 mitgeteilt hat, eine Ergänzungswahl stattfinden.

Zur Anfrage von Stadträtin Göbel in der 5. Sitzung des Stadtrates am 02.02.2015, ob die Möglichkeit besteht, das über ein Projekt Nahbereichsstraßen ausgebaut werden können, hier zwischen Lüffingen und Berge, teilt Herr Fuchs mit, dass die Möglichkeit des Schulbusverkehrs auf dem Abschnitt besteht. Dafür müssten zwei Ausweibuchten geschaffen werden.

TOP 5 Durchführung der Einwohnerfragestunde

Der Stadtratsvorsitzende, Stadtrat Neubüser, weist daraufhin, dass Einwohner nach Angabe ihres Namens und der Anschrift eine Frage und zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen, stellen können. Zugelassen sind nur Fragen von allgemeinem Interesse, die in die Zuständigkeit der Stadt fallen. Angelegenheiten der Tagesordnung können nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein.

Es meldet sich kein Einwohner zu Wort.

TOP 6 Bestätigung der Wahl des Ortsbürgermeisters und dessen Stellvertreter der Ortschaft Dannefeld und Berufung des Ortsbürgermeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit Vorlage: 68/6/15

Herr Fuchs informiert, dass Herr Maik Lürer sich krank gemeldet hat und die Ernennung durch den Bürgermeister zu einem späteren Termin in seinem Dienstzimmer nachgeholt wird.

Als Beratungsergebnis wird verlesen:
- Hauptausschuss - Zustimmung (10 Ja)

Über die Beschlussvorlage wird abgestimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen bestätigt einstimmig die Wahl von Herrn Maik Lürer zum Ortsbürgermeister und von Herrn Ralf Schulz zum stellvertretenden Ortsbürgermeister der Ortschaft Dannefeld und beruft den Ortsbürgermeister gleichzeitig in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortschaftsrates der Ortschaft Dannefeld.

feld.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 0
Stimmenthaltungen: 0

- TOP 7 Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Ortsbürgermeisters der Ortschaft Breitenfeld
Vorlage: 69/6/15

Herr Fuchs informiert, dass zu diesem Beschluss eine Änderung vorliegt, die sich auf den Familiennamen bezieht.

Zudem berichtet er über das Beratungsergebnis:

- Hauptausschuss - Zustimmung (9 Ja, 1 Enthaltung) mit der Änderung zur Beschlussvorlage

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen bestätigt mit Stimmenmehrheit die Wahl von Herrn Michael Linde zum stellvertretenden Ortsbürgermeister der Ortschaft Breitenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 0
Stimmenthaltungen: 1

- TOP 8 Berufung des stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Potzehne in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
Vorlage: 70/6/15

Der Bürgermeister informiert, dass der Kamerad Matthias Brauer auf der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Potzehne am 12.10.2012 als stellvertretender Ortswehrleiter der Ortschaft Potzehne für den Zeitraum von 6 Jahren gewählt wurde.

Beratungsergebnis:

Hauptausschuss - Zustimmung (10 Ja)

Über die Beschlussvorlage lässt der Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt einstimmig die Berufung des stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortschaft Potzehne, Herrn Matthias Brauer, in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit.

Das Ehrenbeamtenverhältnis ist für die Dauer von 6 Jahren bestimmt und endet mit dem Ausscheiden aus den dafür bestimmten Funktionen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen: 0
Stimmenthaltungen: 0

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, bittet Herrn Matthias Brauer vorzutreten und den Diensteid entsprechend § 52 des Beamtengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt unter Erheben der rechten Hand zu leisten.

Herr Matthias Brauer leistet den Diensteid:

"Ich schwöre, meine Kraft dem Volk und dem Land Sachsen-Anhalt zu widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt zu wahren und zu verteidigen, Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen."

Die Verpflichtung sieht die Belehrung über die Pflichten des Beamten und über die Folgen der Nichterfüllung dieser Pflichten vor. Die Verpflichtung beinhaltet die:

- §§ 33 bis 53 des Beamtenstatusgesetzes, insbesondere
- zur Ausübung von Nebentätigkeiten
- zur Annahme von Belohnungen und Geschenken
- zur Schweigepflicht sowie
- Erläuterungen zur Verfassungstreue.

Weiterhin wurde das Merkblatt für die Ernennung zum Beamten mit einem Auszug aus dem Grundgesetz, Artikel 33, überreicht.

Die genannten Auszüge liegen Herrn Matthias Brauer vor.

Durch den Bürgermeister und den Stadtratsvorsitzenden erfolgen die Überreichung der Ernennungsurkunde und eines Blumenstraußes.

TOP 9 Schulentwicklungsplanung ab 2015/16 Vorlage: 57/5/15

Der Stadtratsvorsitzende informiert, dass zur Beschlussvorlage ein Korrekturblatt vorliegt, das zur 5. Stadtratssitzung am 02.02.2015 übergeben wurde.

Des Weiteren erklärt Stadtrat Neubüser, dass der Bürgermeister der Hansestadt Gardelegen mit Schreiben vom 12.02.2015 gegen den Beschluss des Stadtrates, Vorlage 57/5/15, Schulentwicklungsplanung Widerspruch eingelegt und ihm am gleichen Tag zugestellt hat. Der Widerspruch wurde fristgerecht eingelegt und begründet. Er liegt allen Stadträten schriftlich vor.

In der heutigen Sitzung ist daher über die Beschlussvorlage 57/5/15 mit der Änderung (Korrekturblatt) erneut zu beraten und zu beschließen.

Lediglich der Punkt 3 der Beschlussvorlage bleibt unberührt, da der Stadtrat in seiner 5. Sitzung am 02.02.2015 bereits dem Antrag der CDU-Fraktion, den Punkt 3 der Beschlussvorlage zu streichen, mehrheitlich zugestimmt hat.

Von der Gemischten Fraktion wurden zwei Anträge eingereicht, die aber nicht Gegenstand der Beratung sein dürfen.

Stadtrat Macht erinnert, dass sich die Stadträte mehrheitlich für den Erhalt der Grundschule Estedt entschieden hätten, lediglich die Schuleinzugsbereiche nicht verändert wurden. Aus seiner Sicht hätte auch den anderen Beschlussvorlagen widersprochen werden müssen. Er fragt, warum das nicht der Fall ist.

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, erläutert, dass er gemäß § 65 Absatz 3 Satz 1 KVG LSA verpflichtet ist, Beschlüssen zu widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass diese gesetzeswidrig sind. Er kann ihnen widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für die Gemeinde nachteilig sind. Dem Beschluss 57/5/15 hat er widersprochen, da der Stadtrat von seinem kommunalen Mitbestimmungsrecht kein Gebrauch gemacht hat und weder der Schließung der Schule, noch der Änderung der Schuleinzugsbereiche zugestimmt hat. Entsprechend § 64 Absatz 1 Satz 2 Schulgesetz LSA hätte der Stadtrat das Schulangebot einschränken und den Grundschulstandort schließen müssen. Das ist nicht erfolgt und damit ist die Entscheidung rechtswidrig. Auch im Sinne der Eltern und Kinder muss Klarheit mit Perspektive geschaffen werden. Die Entscheidungsfindung dauert bereits zwei Jahre an, in denen keine dauerhafte Lösung geschaffen wurde.

Stadträtin Lessing bittet nochmals um eine Antwort auf die Frage, warum der Bürgermeister nur dem Beschluss 57/5/15 widersprochen hat.

Herr Fuchs erklärt, dass mehrheitlich keine Bereitschaft der Stadträte vorlag, die Schuleinzugsbereiche zu ändern, so dass Kinder an die Grundschule nach Estedt gebracht werden können. Daher ist die logische Konsequenz aus der rechtlichen Grundlage die Schließung der Grundschule.

Stadträtin Müller verdeutlicht, dass jeder Stadtrat wusste, wenn er für den Erhalt der Schule stimmt, dass er sich dann auch für einen Vorschlag der Änderung der Einzugsbereiche entscheiden muss. Sie sorgt sich um die betroffenen Kinder und Eltern. Jedes Kind braucht eine verlässliche Bindung, so wie jedes Kind sich auf die Schule vorbereiten muss. Im Moment sind die schulvorbereitenden Treffen, wo auch ein erstes Kennenlernen stattfindet. Daran können die Estedter Kinder nicht teilnehmen, wenn sie nicht wissen, wo sie eingeschult werden. Daher muss eine Entscheidung her, die Kindern und Eltern Klarheit gibt. Stadträtin Müller findet es bedauerlich, wenn sich heute wieder für den Erhalt ausgesprochen wird und dann die Entscheidung nicht mehr in den Händen des Stadtrates liegt.

Stadträtin Gerecke fragt sich bei der krampfhaften und andauernden Suche nach Kindern für den Erhalt des Standortes Estedt, wo die Estedter Kinder sind? Sie hätte erwartet, dass auch die Eltern in Estedt sich für ihre Grundschule stark machen und nicht in anderen Schulen anmelden. Trotz allem spricht sie sich für den Erhalt der Grundschule aus, denn junge Leute sollen in der Region bleiben oder sollen hierher kommen. Und dafür ist der Erhalt von Schulen vor Ort wichtig.

Stadtrat Finger spricht den Antrag der Gemischten Fraktion an, der einen neuen Vorschlag zur Änderung der Schuleinzugsbereiche enthält. Er ist der Meinung, über diesen sollte gesprochen und abgestimmt werden.

Der Stadtratsvorsitzende stellt noch einmal klar, dass über diese Anträge frühestens in einem halben Jahr erneut befunden werden darf. Die Entscheidungen über die Änderung der Schuleinzugsbereiche sind gefallen und wurden mehrheitlich abgelehnt.

Stadtrat Kapahnke spricht sich ebenfalls für die Beratung der Anträge der Gemischten Fraktion aus. Denn auf der Stadtratssitzung am 02.02.2015 wurde über 4 Beschlussvorlagen abgestimmt, die alle die Bezeichnung Schulentwicklungsplanung trugen, nicht Änderung der Einzugsbereiche oder ähnliches. Auch auf der heutigen Tagesordnung steht diese Bezeichnung. Er ist der Meinung, die vorlegten Anträge sind nicht identisch mit den Beschlussvorlagen zur Änderung der Einzugsbereiche aus der letzten Sitzung und sollten daher heute zur Beratung und Abstimmung stehen, bevor über die Beschlussvorlage 57/5/15 entschieden wird.

Stadträtin Göbel weist daraufhin, dass die Beschlussvorlagen aus der Stadtratssitzung am 02.02.2015 fehlerhafte Zahlen aufgewiesen haben und stellt diese richtig.

Bürgermeister, Herr Fuchs, fasst noch einmal zusammen, dass die Beschlussvorlage 54/5/15 u.a. die Erweiterung um die Ortschaften von Hemstedt, Weteritz und Breitenfeld beinhaltete. Der Punkt 3 des Beschlussvorschlages "Zur Stärkung des Schulstandortes Jävenitz wird der Einzugsbereich des Schulstandortes Jävenitz erweitert um den Bereich "An den Kellerbergen" - wurde auf Grund des CDU-Antrages gestrichen - Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion: 33 Ja; 1 Nein.

Der Stadtrat hat in seiner 5. Sitzung am 02.02.2015 die Beschlussvorlagen 54/5/15 und 55/5/15 beraten und beide Beschlussvorlagen abgelehnt.

Die Anträge der Gemischten Fraktion passen inhaltlich nicht zur Beschlussvorlage 57/5/15, da der Stadtrat die Beschlussvorlage 54/5/15 in seiner Sitzung am 02.02.2015 bereits abgelehnt hat (u.a. Erweiterung um die Ortschaften Hemstedt, Weteritz und Breitenfeld). Diese Ortschaften sind jedoch Bestandteil der Anträge der Gemischten Fraktion.

Über die Beschlussvorlagen (54/5/15 und 55/5/15) darf frühestens, gemäß § 53 Abs. 5 Satz 4 KVG LSA, nach sechs Monaten wieder beraten werden. Sie dürfen in der heutigen Sitzung des Stadtrates nicht wieder aufgegriffen werden. Mit der Beratung und Abstimmung über die Anträge der Gemischten Fraktion würde das jedoch geschehen, da Hemstedt, Lüffingen und Breitenfeld Bestandteil der Beschlussvorlage 54/5/15 waren. Der Bereich "An den Kellerbergen" wurde aus der Beschlussvorlage gestrichen - Antrag der CDU-Fraktion.

Die Gemischte Fraktion stellte zur 5. Sitzung des Stadtrates am 02.02.2015 einen fast identischen Antrag, diesen lehnte der Stadtrat ab (13 Ja; 18 Nein; 3 Enthaltungen).
Die Anträge der Gemischten Fraktion beinhalten die Zuordnung von Ortsteilen, die der Stadtrat bereits abgelehnt hat, inhaltlich also nichts Neues.

Stadtrat Macht hätte auch den Widerspruch für die Beschlussvorlagen 54/5/15 und 55/5/15 erwartet. Herr Macht beantragt die namentliche Abstimmung.

Über den Antrag von Stadtrat Macht über die namentliche Abstimmung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 1
Stimmenthaltungen: 0

Dem Antrag von Stadtrat Macht wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt und es erfolgt die namentliche Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen lehnt mit Stimmengleichheit den Entwurf der "Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung" des Altmarkkreises Salzwedel für die Grundschulen im Gebiet der Hansestadt Gardelegen, Punkte 1, 2 und 4 mit der Änderung ab.

Es wird namentlich, in der Reihenfolge der alphabetischen Anwesenheitsliste, durch Aufruf des Bürgermeisters wie folgt abgestimmt:

Bürgermeister Fuchs	Ja	
Stadtratsvorsitzender Neubüser	Ja	
stellv. Stadtratsvors. Kapahnke	Ja	
Stadtrat Brendtner	Ja	
Stadtrat Dutz		Nein
Stadtrat Fehse		Nein
Stadtrat Finger		Nein
Stadtrat Gebur		Nein
Stadtrat Genz	Ja	
Stadträtin Gerecke		Nein
Stadtrat Glatz		Nein
Stadträtin Göbel		Nein
Stadtrat Grothe		Nein
Stadtrat Hapke		Nein
Stadträtin Hietel	Ja	
Stadtrat Hoiczky	Ja	
Stadtrat Höppner		Nein
Stadtrat Kuke	Ja	
Stadtrat Kutz	Ja	
Stadträtin Lessing		Nein
Stadtrat Macht		Nein
Stadträtin Müller	Ja	
Stadtrat Rötz	Ja	
Stadtrat Scheffler	Ja	
Stadtrat Seiler	Ja	
Stadträtin Stadie		Nein
Stadtrat Stegert	Ja	
Stadtrat Tendler		Nein
Stadtrat Thüner		Nein
Stadträtin von Baehr		Nein
Stadtrat Wiechmann	Ja	
Stadtrat Wienecke		Nein

Stadträtin Winkelmann	Ja
Stadtrat Wolf	Ja

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	17
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 10 Vorgezogener Beschluss zur Beschaffung eines Hilfelöschfahrzeuges für die Ortswehr Gardelegen im Jahr 2015
Vorlage: 62/6/15

Über das Beratungsergebnis wird informiert:

- Finanz- und Wirtschaftsausschuss - Zustimmung (9 Ja)
- Hauptausschuss - Zustimmung (7 Ja; 3 Nein)

Stadtrat Wiechmann interessiert, ob es Fördermittel für den Kauf des Feuerwehrfahrzeuges gibt.

Dies wird verneint.

Stadtrat Wiechmann spricht sich gegen den Kauf aus, da die notwendigen Kosten wieder vor Beschlussfassung des Haushaltes 2015 benötigt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit Stimmenmehrheit die Beschaffung eines HLF (Kosten lt. Investitionsplan 340.000 €) aus Eigenmitteln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	12
Stimmenthaltungen:	7

- TOP 11 Satzung - 6.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2/93 Gewerbegebiet Nord 3. BA - Industriegebiet Gardelegen
Vorlage: 63/6/15

Beratungsergebnis:

- Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss - Zustimmung (9 Ja)
- Hauptausschuss - Zustimmung (10 Ja)

Der Stadtratsvorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt einstimmig die Satzung der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2/93 Gewerbegebiet Nord 3. Bauabschnitt Industriegebiet Gardelegen mit Begründung, Stand Januar 2015 gemäß den Punkten 1 bis 3 des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 12 Entwurf - 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3/93 Gewerbegebiet Nord 4. Bauabschnitt
- Mischgebiet, Gardelegen Bismarker Straße
Vorlage: 65/6/15

Die Beratungsergebnisse werden bekannt gegeben:

- Bau- Verkehrs- und Umweltausschuss - Zustimmung (9 Ja)
- Hauptausschuss - Zustimmung (10 Ja)

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt einstimmig den Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3/93 Gewerbegebiet Nord 4. Bauabschnitt - Mischgebiet Gardelegen, Bismarker Straße gemäß den Punkten 1 bis 3 des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 13 Entwurf des vorzeitigen Bebauungsplanes - Wohnstandort OT Jävenitz- Altes Dorf
Vorlage: 66/6/15

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich bei der Bezeichnung des Wohnstandortes lediglich um einen Arbeitsbegriff handelt, das Gebiet wird noch einen richtigen Namen erhalten. Ein erster Namensvorschlag von den Brüdern Matthies aus Jävenitz liegt bereits vor. Darüber kann im nächsten Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss beraten werden.

Zudem verliest Herr Fuchs die Beratungsergebnisse:

- Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss - Zustimmung (9 Ja)
- Hauptausschuss - Zustimmung (10 Ja)

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt einstimmig den Entwurf des vorzeitigen Bebauungsplanes Wohnstandort "Altes Dorf" OT Jävenitz mit Begründung und Umweltbericht, Stand Februar 2015 gemäß den Punkten 1 bis 3 des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 14 Benennung der Straßen Wohngebiet "Am Kämmereiforst"
Vorlage: 67/6/15

Herr Fuchs informiert über das Beratungsergebnis:

- Bau- Verkehrs- und Umweltausschuss - Zustimmung (9 Ja)
- Finanz- und Wirtschaftsausschuss - Zustimmung (9 Ja)
- Hauptausschuss - Zustimmung (10 Ja)

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Gardelegen beschließt einstimmig die Benennung der Erschließungsstraße für das Wohngebiet "Am Kämmereiforst" in Gardelegen mit dem Straßennamen Am Kämmereiforst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

- TOP 15 Verpflichtungsermächtigung zur Absicherung der beantragten Investition - Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Mieste
Vorlage: 73/6/15

Der Bürgermeister, Herr Fuchs, erläutert, dass diese Beschlussvorlage auf schriftliche Anforderung des Altmarkkreises Salzwedel vom 10.03.2015 notwendig wurde und daher nicht die Beratungsfolge der Ausschüsse durchlaufen hat. Dem Altmarkkreis liegen die kompletten Antragsunterlagen der Hansestadt Gardelegen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses vor. Da die Stadt noch keinen beschlossenen Haushalt nachweisen kann, wird die kommunalrechtliche Stellungnahme erst erteilt, wenn die Finanzierung geklärt und bestätigt ist.

Stadträtin Lessing erscheinen zwei Dinge widersprüchlich. Zum einen macht der Altmarkkreis in seinem Schreiben deutlich, dass die Haushaltsatzung bereits Ende des Jahre 2014 hätte beschlossen werden müssen und zum anderen wird von Fördermitteln in Höhe von 408.500 Euro gesprochen, obwohl Innenminister Stahlknecht nur 350.000 Euro in Aussicht gestellt hat. Zudem möchte sie wissen, ob es sich bei der Variante um die "abgespeckte Version" handelt.

Es wird erklärt, dass es sich um die abgespeckte Version handelt. Es wurde das Maximum an Fördermitteln beantragt, daher beträgt die Fördermittelsumme 408.500 Euro, wo auch Außenanlagen und Stellplätze einbezogen sind. In den letzten 2, 3 Jahren sind Baukosten, auf Grund der Änderung der Verdingungsordnung für Ingenieure enorm gestiegen und demzufolge haben sich auch die Gesamtausgaben für das Feuerwehrgerätehaus erhöht.

Stadträtin Winkelmann weist auf unstimmige Zahlen von Beschlussvorlage und Schreiben des Altmarkkreises hin. So sind als Fördermittel mal 408.000 Euro und 408.500 Euro benannt bzw. auf der 1. Seite der Anlage sogar nur 390.000 Euro

Sven Rasch, Mitarbeiter Brandschutz im Fachbereich Sicherheit und Ordnung, stellt klar, dass es sich um 408.500 Euro beantragte Fördermittel handelt. Darin enthalten sind 5 Stellplätze. Bei den 390.000 Euro handelt es sich um eine erste Version des Antrages, die der Kommunalaufsicht zur Prüfung gesandt wurde.

Stadtrat Kapahnke möchte wissen, ob Verpflichtungsermächtigung bedeutet, dass der Bau aus Eigenmitteln finanziert werden muss, wenn keine Fördermittel bereitgestellt werden.

Das wird verneint.

Stadtrat Wiechmann fragt für den Fall, dass die geplanten Kosten nicht ausreichen, ob dann der Haushalt für 2017 belastet wird.

Das wird bejaht.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit Stimmenmehrheit die Verpflichtungsermächtigung für den Haushalt 2015 in Höhe von 1.496.000 € zur Absicherung der Finanzierung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Mieste.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0

Stimmenthaltungen: 4

TOP 16 Außerplanmäßige Ausgabe zur Erstellung des Niederschlagswasserbeseitigungskonzeptes
Vorlage: 71/6/15

Die Beschlussvorlage wurde im TOP 2 zurückgestellt und wird in die Beratungsfolge der nächsten Sitzungen aufgenommen, da keine Beratung im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss und Finanz- und Wirtschaftsausschuss erfolgt ist.

TOP 17 Anfragen und Anregungen

Stadtrat Stegert beanstandet, dass es in Kassieck kein Wahlbüro gegeben hat und die Kassiecker zum Wählen nach Algenstedt mussten.

Heidi Wiechmann, zuständige Mitarbeiterin Wahlen, die unter den Gästen ist, wird das Wort erteilt. Die Mitglieder des Stadtrates haben zuvor auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates, Stadtrat Neubüser, ihr Einverständnis erklärt.

Frau Wiechmann erklärt, dass im Vorfeld die Ortsbürgermeister in die Vorbereitung der Wahlen einbezogen wurden. Da Kassieck keinen Ortsbürgermeister hat, wurde wie auch schon zu den Wahlen in 2014 entschieden, dass es kein eigenes Wahlbüro gibt.

Stadtrat Seiler kritisiert, dass auf Grund von Straßennamenänderungen der Rettungswagen 10 Minuten lang in Köckte die Straße Zum neuen Damm gesucht hat. Das darf nicht sein. Er bittet darum, dass die Verwaltung ein Straßennamenverzeichnis mit Lageplan an die Leitstelle übergibt und dies bei weiteren Änderungen fortlaufend macht.

Stadträtin Lessing gibt zu bedenken, die Beschlussvorlage zum Niederschlagswasserbeseitigungskonzept zu überarbeiten. Darin enthalten sind Begriffe, wie Kernstadt und Ortsteile, die überholt sind. Das Gebilde nennt sich Hansestadt Gardelegen und hat Ortschaften, darunter auch die Ortschaft Gardelegen.

Zudem fragt sie nach der Gültigkeit der Satzungen der Ortschaften.

Es wird erklärt, dass das Ortsrecht auf der Grundlage des Gesetzes zur Ausführung der Gemeindegebietsreform am 30.06.2014 ausgelaufen ist und daher ab dem 01.07.2014 nur noch die Satzungen der Hansestadt Gardelegen gelten, nicht mehr die der einzelnen Ortschaften.

Die Feuerwehrsatzung wurde bereits vereinheitlicht, an der Friedhofssatzung wird derzeit gearbeitet. Die Baumschutzsatzung ist für die gesamte Stadt gültig.

Stadtrat Wienecke stellt die Anfrage, nach welcher Satzung in Lindstedt die Beiträge für den Bau der Straße aus 2009 erhoben werden.

Dazu informiert Fachdienstleiterin Zentrale Dienste und Finanzen, Frau Dietrich-Beckers, dass diese Thematik derzeit aktuell in der Verwaltung und mit der Kommunalaufsicht des Altmarkkreises Salzwedel abgestimmt wird. Sobald es dazu nähere Auskünfte gibt, erfolgt eine Information.

Stadträtin Müller bittet um den Sachstand Sauna Mieste.

Bürgermeister, Herr Fuchs, berichtet, dass in der vergangenen Woche ein Gespräch mit der Pächterin der Gaststätte mit dem Ziel der Privatisierung des Gesamtkomplexes (Sauna, Fremdenzimmer) stattgefunden hat. Ein weiteres Gespräch wird im April folgen.

Stadträtin von Baehr findet es befremdlich, dass es zur Bürgermeister-Stichwahl keine ungültigen Stimmen gegeben hat bzw. bittet sie um die Nennung der Anzahl dieser.

Heidi Wiechmann, zuständige Mitarbeiterin Wahlen, wird erneut das Wort erteilt. Sie nennt 103 ungültige Stimmen.

Stadtrat Kapahnke echauffiert sich über eine Grundstücksangelegenheit in Parleib. Ihm ist bekannt geworden, dass die Stadt der Kirche den Friedhof verkauft. Er ist wütend darüber, dass er darüber nicht informiert wurde und hat Bedenken, dass Nichtchristen dann vielleicht nicht mehr auf dem kirchlichen Friedhof beerdigt werden dürfen. Er fragt nach dem Sinn des Verkaufs.

Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, Birgit Matthies, weiß, dass es sich dabei um eine Zusammenführung handelt. Der Gemeindegemeinderat und Calvörder Pfarrer, wie auch ein Großteil der Parleiber Bürger kennen den Sachverhalt und waren an mehreren Gesprächsterminen beteiligt.

Der Stadtratsvorsitzende, Stadtrat Neubüser, verspricht eine Klärung des Sachverhaltes und eine Information durch die Verwaltung.

Stadträtin Winkelmann beanstandet, dass die Presse im Vorfeld der Haushaltsplanung schon darüber berichtet, dass die Brauchtmittel um einen Euro gekürzt werden sollen.

Der Bürgermeister erläutert, dass er bereits auf der Bürgermeister-Beratung über eine mögliche Kürzung der Brauchtmittel gesprochen hat. Allerdings ist diese Kürzung nur vorbehaltlich bei der Planung in Ansatz gebracht worden, weil im vergangenen Jahr nicht alle Gelder ausgeschöpft wurden.

Stadträtin Gerecke spricht die Thematik Gräben, speziell Am Kuhschlagweg an, die zwar gesäubert werden, aber der Schmutz wird liegengelassen, so dass dadurch das Wasser nicht ungehindert abfließen kann.

Herr Fuchs erklärt, dass es sich dabei sicher um die Leistungen des Unterhaltungsverbandes handelt, aber gerade Am Kuhschlagweg auch Gartennutzer ihren Grünabfall entlang der Gräben entsorgen.

Kai-Michael Neubüser
Vorsitzender des Stadtrates
der Hansestadt Gardelegen

Nadine Kuhle